Somalischer Flüchtling Shire im Lager Dadaab

Die Schüsse in der Nacht

Kenia Kopflos reagiert die Regierung auf die jüngsten Anschläge islamistischer Terroristen: Korrupte Politiker und überforderte Polizisten könnten den Dschihadisten neue Rekruten zutreiben.

Aus 1000 Meter Flughöhe sind nur weiße und silbrig schimmernde Punkte zu erkennen, wie von unsichtbarer Hand verteilt auf die Steppe. Beim Landeanflug verwandeln sich die Punkte in Zelte, in blechüberdachte Hütten und igluartige Bauten. Es sind Notunterkünfte, die sich wie ein unendliches Heerlager bis zum Horizont ausdehnen.

Dadaab heißt dieser Ort im Osten Kenias, gut 90 Kilometer von der somalischen Grenze entfernt. Es ist das größte Flüchtlingslager der Welt, zurzeit leben 352 558 Menschen hier. Sie sind aus Somalia geflohen. Vor dem Bürgerkrieg, den Dürren, den Hungersnöten. Und vor dem Terror der islamistischen Schabab-Milizen. Die Vertriebenen werden versorgt durch das Flüchtlingshilfswerk UNHCR und andere Hilfsorganisationen.

„Jetzt aber haben die Menschen Angst, dass sie wieder ins Feuer zurückgejagt werden“, sagt Mohamed Abi Shire. Der korpulente Mann gehört mit seinen 56 Jahren zu den einflussreichen Ältesten in Hagadera, dem größten der fünf Lagerabschnitte in Dadaab.

„Unsere Leute sind verwirrt und niedergeschlagen“, sagt er und wischt mit einem Schweißtuch über seinen zahnlosen Mund. Denn die kenianische Regierung hat die Vereinten Nationen aufgefordert, Dadaab binnen drei Monaten aufzulösen und alle Flüchtlinge nach Somalia umzusiedeln. Falls dies nicht geschehe, werde das Militär sie deportieren, notfalls mit Gewalt.

„Eine solche Aktion ist in dieser kurzen Frist unmöglich. Und es gibt internationale Verträge, die uns schützen“, sagt Shire. Doch für die Regierung stehen die Flüchtlinge von Dadaab unter Generalverdacht: Spätestens seit in der Provinzstadt Garissa, hundert Kilometer entfernt, Dschihadisten somalischer Herkunft Anfang April 148 Studenten und Wachleute ermordet haben, brandmarkt sie das Lager als Brutstätte des Terrors. Vizepräsident William Ruto hat bereits Massenausweisungen angedroht.

Doch der Anschlag von Garissa hat gezeigt, dass die islamistische Bedrohung Kenias auch hausgemacht ist. Einer der vier Mörder war ein junger Jurist aus Nairobi. Nicht nur Flüchtlinge aus Somalia, sondern auch muslimische Kenianer wenden sich der Schabab zu. Nairobi hat dieser Entwicklung nicht mehr entgegenzusetzen als eine Polizei, die sich immer wieder als korrupt und unfähig erweist – und als maßlos brutal.

„Mister Ruto hält uns für Terroristen, für Komplizen der Schabab“, sagt Shire. Die Regierung suche einen Sündenbock, weil sie im Kampf gegen den Terror versage.

Shire, geboren in der somalischen Hafenstadt Kismaju, war einer der Allerersten, die nach tagelangen Märschen 1991 in Dadaab ankamen. Das war direkt nach dem Sturz des Diktators Siad Barre, als ganz Somalia in Gewalt versank. „Eigentlich wollten wir nur ein paar Tage bleiben“, sagt Shire.

Aus der anfänglichen Notunterkunft wurde eine feste Bleibe mit Ziegelhäusern und Lehmhütten, in

der er mit seiner 19-köpfigen Großfamilie seit über zwei Jahrzehnten lebt. Weite Teile der Flüchtlingslager gleichen afrikanischen Dörfern und Kleinstädten. Es gibt Marktplätze, Läden, Werkstätten, Schulen und insgesamt 400 Fußballteams. Jeden Monat werden in Dadaab mehr als tausend Kinder geboren.

„Die zweite Generation der Flüchtlinge hat überhaupt keine Vorstellung mehr von Somalia“, sagt Shire. „Sie wollen hierbleiben und in Frieden leben. Wir sind doch alle längst Kenianer.“

Die Regierung sieht das anders, auf der Suche nach einfachen Lösungen hat sie Dadaab zur Wurzel allen Übels erklärt. „Natürlich gibt es hier gewaltbereite Männer“, räumt ein Sprecher des Lagers ein. „Die Schabab-Milizen suchen sich bevorzugt 10- bis 15-jährige Jungen, um sie zu indoktrinieren. Aber sie haben keinen militärischen Stützpunkt im Lager.“

Nachts fallen in dem stockdunklen Camp oft Schüsse, regelmäßig werden Polizisten, Helfer oder Lokalpolitiker von Dschihadisten verschleppt oder umgebracht. Die Einsatzzentrale des UNHCR ist mit Betonpollern, Stahlzäunen, Stacheldraht und Kontrollschleusen gesichert wie eine Festung; einheimische Mitarbeiter nennen sie „Guantanamo“. Es sind in der Mehrheit Afrikaner, die hier arbeiten. Auch tagsüber ist es lebensgefährlich, sich in den verschiedenen Teilen des Camps zu bewegen; eine schwer bewaffnete Polizeieskorte begleitet die SPIEGEL-Reporter.

Abdirahman Omar, Fahrer von Beruf, traut den staatlichen Leibwächtern nicht, er sagt, er habe üble Erfahrungen mit ihnen gemacht. Sie verfolgten kenianische Somali, Flüchtlinge aus dem Nachbarland und überhaupt alle Muslime als potenzielle Terroristen. Auch aus Garissa seien nach dem Blutbad an der Hochschule 30 Leute spurlos verschwunden. Omar, ein kleiner, hagerer Mann von 40 Jahren, dessen Vater aus dem Jemen stammt, wohnt in Garissa.

Omar leistet seit Jahren Fahrdienste für Behörden und humanitäre Organisationen in Dadaab; eines Tages beschuldigten ihn Ermittler der Polizei, auch Terroristen chauffiert zu haben. Am 27. Juli 2012 um 3.40 Uhr nachts rissen ihn Beamte der Anti-Terror-Einheit aus dem Bett. Sie fesselten ihn, stülpten eine Kappe über seinen Kopf und brachten ihn nach Nairobi. Dort wurde Omar auf Polizeiwachen zwei Tage lang verhört und gefoltert.

„Sie schlugen mich und stießen Nadeln unter meine Fingernägel“, sagt er. In der dritten Nacht wurde Omar in einen Wald verschleppt. Er berichtet, wie ihn seine Peiniger an einen Baum banden, seine Beine spreizten und so lange mit einer Eisenstange auf die Geschlechtsteile einschlugen, bis ein Hoden platzte. Seither plagen ihn starke Schmerzen. Er müsste dringend operiert werden, aber das kann er sich nicht leisten.

Seit Jahren gehen die kenianischen Sicherheitsorgane brutal gegen Terrorverdächtige vor; besonders berüchtigt ist die 2003 gegründete Anti-Terrorism Police Unit (ATPU). Die Organisation Human Rights Watch wirft der Einheit schwere Menschenrechtsverletzungen vor. Ein Bericht listet auch gezielte Tötungen muslimischer Prediger auf; die Ermittler hatten sie für Ideologen der Schabab gehalten.

Das deutsche Bundeskriminalamt irritieren diese Gewaltexzesse offenbar nicht: Es unterstützt Kenia im Anti-Terror-Krieg bis heute mit Ausrüstung und Trainingskursen. Dabei treiben die Operationen der Regierung den Dschihadisten eher neue Rekruten zu.

Folteropfer Omar: Geschlagen, bis ein Hoden platzte

„Natürlich habe ich auch überlegt, Terrorist zu werden, um mich zu rächen“, sagt Fahrer Abdirahman Omar. „Aber ich habe eine Familie mit drei Kindern.“

Terrorexperten halten nicht die Flüchtlingslager für die eigentliche Nachwuchsschmiede der Schabab-Milizen, sondern das Viertel Eastleigh in der Hauptstadt Nairobi. Es wird auch „Klein-Mogadischu“ genannt, hier leben überwiegend Kenianer somalischer Herkunft sowie Zehntausende Flüchtlinge aus dem Nachbarland. Eastleigh gehört zu den wichtigsten Handelszentren Ostafrikas, es sieht aus wie ein einziger Basar. Zwischen verfallenden Häuserzeilen erheben sich Betonklötze, die reichen somalischen Geschäftsleuten gehören. Das relativ wohlhabende Viertel bringt einen neuen Typ von Dschihadisten hervor: disziplinierte, gut ausgebildete Söhne aus der muslimischen Mittel- und Oberschicht, die sich digital vernetzen.

Es sind junge Kenianer wie Abdirahim Abdullahi, der das Mörderquartett in Garissa anführte. Der 24-Jährige hatte Jura studiert, sein Vater ist ein angesehener Politiker. In Eastleigh, gleich neben der Tankstelle in der Twelfth Street, handelte Abdullahi nebenbei mit Gasflaschen, die Gewinne sollen an die Schabab geflossen sein.

Somalische Flüchtlinge, die sich nach Nairobi durchgeschlagen haben, wissen oft nicht mehr, wen sie mehr fürchten sollen: die Terroristen oder die Terrorbekämpfer. Der 23-jährige Mahad wuchs im Flüchtlingslager Dadaab auf, seine Mutter hatte ihn dort als Säugling ausgesetzt. Mit 16 Jahren schaffte er es nach Eastleigh.

Nach Anschlägen wie jenem in Garissa sei es in Eastleigh besonders schlimm, sagt Mahad, der seinen Nachnamen nicht verraten will. „Wir können nach Einbruch der Dämmerung nicht mehr auf die Straße gehen, sonst laufen wir der Polizei in die Arme.“ Wer aussehe wie ein Somalier und die Amtssprache Kisuaheli nicht beherrsche, sei automatisch verdächtig.

„Du musst ihnen Lösegeld geben, sonst sperren sie dich ein und drohen mit Abschiebung.“ Mahad musste schon mehrmals zahlen, einmal waren es 20 000 Schilling, rund 195 Euro.

Mahad verkauft Fruchtsäfte, die sich bis zur Decke des engen Ladens stapeln. Aber seit ein paar Tagen bleiben die Kunden aus. Das liege an einer weiteren Zwangsmaßnahme des Staates, erklärt Mahad. Die Regierung hat Bankkonten von 86 Personen einfrieren und 14 Geldtransferinstitute schließen lassen, um mutmaßliche Finanzquellen der Terroristen auszutrocknen. Die Institute wickeln Überweisungen der somalischen Diaspora aus Amerika und Europa ab – pro Jahr geschätzte 1,3 Milliarden Dollar. Zahlreiche Familien in Kenia und Somalia sind von diesen Zuwendungen abhängig.

In der Eleventh Street ist die Filiale von Dahabshiil verrammelt, einem der umsatzstärksten Geldhäuser. „Das ist eine ungerechte Strafe“, schimpft ein Alter mit hennarot gefärbtem Kinnbart. „Hier stehen weinende Väter, die das Schulgeld ihrer Kinder nicht mehr zahlen können.“

Gerade weil die Regierung in ihrem Anti-Terror-Kampf so versage, erreichten die Terroristen ihre Ziele, warnt der Sicherheitsberater Rashid Abdi. „Die Jugend wird auf diese Weise radikalisiert und das Land gespalten.“ Die Risse verliefen zwi-

FOTOS: SVEN TORFINN / DER SPIEGEL

schen der ärmlichen Küstenregion und dem entwickelten Hochland, zwischen Muslimen und Christen, Einheimischen und Flüchtlingen.

Kenia ist ein Sehnsuchtsland, Ziel für Safarigäste aus aller Welt. Und so sorgt sich die Regierung von Präsident Uhuru Kenyatta wohl vor allem um zurückgehende Besucherzahlen: 2012 kamen noch zwei Millionen, 2013 war es bereits eine halbe Million weniger.

Viele Kenianer haben das Vertrauen in den Staat und seine Sicherheitsorgane seit Langem verloren, zu offensichtlich sind Korruption und Inkompetenz.

Die Eliteeinheit „Recce Kompanie“ wurde gleich am frühen Morgen des 2. April alarmiert, kurz nachdem die Dschihadisten in die Hochschule von Garissa eingedrungen waren. Aber bedauerlicherweise standen ihr gerade nicht genügend Transportmittel zur Verfügung. Der Grund: Der Kommandeur ließ mit einem der Flugzeuge seine Schwiegertochter und deren Kinder aus Mombasa abholen. Die Einsatzkräfte konnten ihren Stützpunkt erst nach sieben Stunden verlassen. Als sie eintrafen, waren 148 Menschen tot.

Seit dieser Tragödie steht Kenia unter Schock. Passanten werfen sich in den Straßengraben, wenn ein Autoreifen platzt. Als Mitte April in einem Vorort der Hauptstadt ein Transformator explodierte, brach in einem Studentenwohnheim eine Massenpanik aus, ein junger Mann starb. Er war in Todesangst aus dem sechsten Stock gesprungen. In Nairobi gingen die Menschen schon vorher nur noch ungern in Einkaufszentren, sie haben den Anschlag auf die Westgate Mall im September 2013 nicht vergessen.

Mit dem Bau eines 700 Kilometer langen Schutzwalls will die Regierung nun die Grenze zu Somalia dichtmachen, noch so eine absurde Idee. Viele glauben inzwischen, die effektivste Maßnahme gegen den Terror sei es, die kenianische Armee aus Somalia abzuziehen. Im Rahmen der afrikanischen Militärmission Amisom kämpft sie dort seit Herbst 2011 gegen die Schabab. Seit Beginn der Intervention bis Ende 2014 gab es 133 Terroranschläge in Kenia. Statistisch gesehen einen alle neun Tage.

„Der nächste Anschlag wird einen Bürgerkrieg zwischen Christen und Muslimen auslösen“, glaubt Sicherheitsberater Rashid Abdi. Und er könne bald kommen, vielleicht schon im Juli, kurz vor dem Staatsbesuch von US-Präsident Barack Obama. Bartholomäus Grill

Video: Im größten Flüchtlingslager der Welt

spiegel.de/sp192015kenia
oder in der App DER SPIEGEL

Akten im Athener Finanzministerium

In 100 Tagen gegen die Wand

Griechenland Seit drei Monaten regieren die Idealisten von Syriza. Sie wollten die Welt verändern. Beobachtungen bei ihrem Versuch, der Realität zu begegnen. *Von Katrin Kuntz*

Als Alexis Tsipras endlich an der Macht war, als er endlich Platz nehmen konnte am Schreibtisch des Ministerpräsidenten in der Villa Maximos zu Athen, da fehlte etwas. „Wir schalteten die Computer ein, aber bekamen keine Verbindung zur Welt. Die alte Regierung hatte uns das Passwort für das WLAN nicht überlassen.“ So erzählt es Danai Badogianni, eine Pressefrau von Syriza, und es klingt ein wenig nach Sabotage. Das alte Regime wollte nicht weichen, und dem neuen fehlte der Schlüssel zur Macht.

Es ist nur eine von vielen kleinen Geschichten aus Athen. Aber es ist meine liebste. Denn mit diesem kleinen Missgeschick fing alles an.

Vor drei Monaten bekam Syriza die Macht in Griechenland. Tsipras hatte am Wahlabend Tränen in den Augen, erzählte mir einer seiner Freunde später. Noch nie zuvor hatte in Griechenland die radikale Linke regiert, dass sie dazu die rechtspopulistischen „Unabhängigen Griechen“ brauchte, trübte ihre Freude kaum. Tsipras begann mit der Arbeit, eine neue Politik wollte er machen. Aber auf der Website seiner Regierung war noch drei Tage lang das Foto von Antonis Samaras, dem Vorgänger, zu sehen. Das Alte wollte nicht weichen.

Die Neuen ignorierten diese Wirklichkeit und fingen an zu regieren. Ich habe ihnen dabei zugesehen, sieben Wochen lang war ich in Athen und wollte herausfinden, was die Linke in Europa verändern kann. Von welcher Welt träumen sie, wogegen kämpfen sie, worüber reden sie? Ich kam unvoreingenommen, Griechenlands Regierung war ein neues Feld für mich. Das galt für Syriza aber auch.

Ihr Kabinett ist ein Kabinett der guten Absichten und der Amateure. Finanzminister Gianis Varoufakis und Tsipras traten nach ihrem Sieg mit dem Selbstbewusstsein der Gerechten auf, sie zogen wie Heilsbringer durch Europa, die den Verblendeten die Wahrheit schenken wollen. Doch ein Schuldner, der seinen Gläubigern die Welt erklärt, stößt selten auf Gehör, und der Ton aus Brüssel wurde schnell rau.

Vergangene Woche hatten die übrigen europäischen Finanzminister genug von Varoufakis, sie beschimpften ihn bei ihrem Treffen als Amateur und als Spieler. Und Varoufakis antwortete auf Twitter mit ei-